

Standorte

Die Parteien nach den letzten Landtagswahlen

Die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik wird unübersichtlicher. Wie selten innerhalb eines kurzen Zeitraums ist in diesen Wochen und Monaten in den deutschen Parteien, aber auch in ihrem Verhältnis untereinander *Bewegung* zu registrieren – um diesen unsäglichen, merkwürdigerweise von den Alternativen als Selbstbezeichnung adaptierten Ausdruck zu gebrauchen.

Wie es sich in einer Demokratie gehört, sind diese Veränderungen zualterererst an Wahlergebnissen abzulesen, die sowohl Ausdruck bereits erfolgter wie Schubkraft künftiger Bewegung sind. Im aktuellen Fall haben die Wahlen zu den Landesparlamenten in Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg die Parteien „bewegt“. Zuerst hat der hessische Wahltag mit dem Scheitern der rot-grünen Koalition und der Wahl eines CDU-Politikers zum Ministerpräsidenten nach 40jähriger SPD-Regentschaft mit einem Schlag ein Kapitel SPD-Partei-geschichte beendet, die CDU ein in immer neuen Anläufen bisher vergeblich angestrebtes Traumziel erreichen lassen und eine Parteienliaison zerbrochen, die bis dahin ein Hauptthema der politischen Diskussion war. Dann hat am Doppelwahltag in Rheinland-Pfalz und Hamburg die FDP den Wiedereinzug in zwei Parlamente und den Zugang zu zwei unterschiedlich geführten Landesregierungen geschafft, die CDU in einem Stamm-land einen herben Dämpfer, die SPD in einem Stammland einen kaum noch erwarteten Zuwachs erhalten, und die Grünen haben ein Kippen ihrer bislang schier unaufhaltsamen Erfolgskurve erlebt. In der gleichen Zeit hat den zwar jüngsten, aber größten Landesverband der CDU, Nordrhein-Westfalen, der Höhepunkt einer seit langem schwelenden Führungskrise

beschäftigt, die SPD war dabei, ihren Kurs nach fast einem Vierteljahrhundert Willy Brandt zu bestimmen, und bei den Grünen ist das realpolitisch-fundamental-oppositionelle Flügel-schlagen heftiger denn je.

Verunsicherung, auch Nervosität ist allenthalben in den Parteien auszuma-chen. Einzig und allein die FDP, der noch vor wenigen Jahren von politi-schen Kontrahenten und publizisti-schen Beobachtern galoppierende Schwindsucht prophezeit wurde, er-freut sich pausbäckiger Gesundheit und sonnt sich im Glanz von Wahl-erfolgen und Regierungsämbtern. Das Wohlbefinden der FDP bestätigt spie-gelverkehrt, warum sich die anderen Parteien schwertun. Die FDP kann es sich leisten, keine programmatischen Sorgen zu haben. Sie ist *Funktionspar-tei*, nicht *Programmpartei*. Sie wird viel stärker als Korrektiv und als Be-standteil einer Koalition als wegen ih-res Standortes gewählt.

Am offensichtlichsten sind die pro-grammatischen Turbulenzen bei den *Grünen*. Ihre Zerrissenheit nicht nur in politischen Sachpositionen oder in der Beurteilung möglicher Koalitionen, sondern auch in Grundfragen wie der Haltung zum Rechtsstaat und zur Gewalt ist inzwischen so groß, daß es sogar bei dieser Partei – der ihre Wähler einiges an Streit ohne weiteres nachsehen – auf die Wahl-ergebnisse durchschlägt. Der selbstge-setzte Anspruch, *die* Interessenvertre-tung ökologischer Politik zu sein, scheint geradezu in Vergessenheit zu geraten.

Die SPD sucht weiter ihren Weg zwi-schen den Sympathisanten grün-alter-nativer Konzepte und den Verfech-tern einer modernen Arbeitnehmer-partei, die ihre Wurzeln in der Arbei-terbewegung nicht vergißt und die Nähe zu den Gewerkschaften pflegt. Die Möglichkeit einer Koalition mit der FDP in Hamburg bringt ihr inso-fern eine Entlastung, als die Fixierung auf „rot-grün“ an aktueller Brisanz verliert. Gleichwohl war auch der Bonner Parteitag mit dem Wechsel an der Führungsspitze nur eine Station auf dem schwierigen Weg der SPD, noch keineswegs das Ziel.

Schließlich steht auch die Union vor der Frage, wie sie langfristig ihren Kurs bestimmen will. Wie schwer auch ihr die Standortbestimmung fällt, haben die Abrüstungsdebatten der vergangenen Wochen gezeigt, in denen die Führung der Unionspar-teien nicht gerade von Orientierungs-kraft strotzte. Die Notwendigkeit, die Wähler der Mitte zu überzeugen und zu gewinnen, kollidiert nicht nur in diesem Fall mit dem entschlossenen Bemühen des CSU-Vorsitzenden und eines Teils der CDU-Spitze, „auf der rechten Seite nichts anbrennen zu las-sen“. Die Koalition mit der FDP und die komplizierte Geschwisterlichkeit von CDU und CSU verlangen stän-dige Kompromisse auch in Fragen, die für die Konturen der Union von Bedeutung sind. Überdies sind die Schwierigkeiten nicht zu übersehen, in die die Unionsparteien immer dann geraten, wenn sie es – wie beim Schutz des ungeborenen Lebens, in der Ausländer- oder Entwicklungspo-litik – mit der Vereinbarkeit der Poli-tik einer pragmatischen Volkspartei mit Regierungsverantwortung und dem Anspruch des C zu tun bekom-men. Recht und Ordnung, Bündnis-treue und wirtschaftspolitische Sach-kompetenz reichen – so wichtig sie sind – auf Dauer sicher nicht aus, um einer C-Partei glaubwürdiges Profil zu verleihen. ko

Schieflage

Der Wille zum Kind bedarf nicht nur materieller Anreize

Die Familie – die kinderreiche zumal – ist nicht die große Bevorzugte mo-derner Sozialpolitik. In der Bundesre-publik ist sie es sogar noch weniger als anderswo. Daran haben auch die familienpolitischen Maßnahmen wäh-rend der vergangenen Legislaturpe-riode – deren Wirksamkeit im Sinne von Umverteilen der Gerechtigkeit überdies umstritten bleibt – nur Un-wesentliches geändert.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken tat deshalb gut daran, in